

Sächsische Dorfzeitung und Sächsische Sachsen- und Sächsische

Verlags- und Druckerei: Ernst Drescher Nr. 51 502
L.-Nr.: Sächsische Zeitung

mit Loschwitzer Anzeiger

Postamt: Sächsische Zeitung, Dresden, Straße 51 502
Postfach-Nr.: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Sächsische-Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. - Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Abrechnung und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
82. Jahrgang

Nr. 21

Montag, den 26. Januar

1925

Um das Preußenkabinett

Das preußische Zentrum will die Anlehnung nach links nicht aufgeben, verlangt aber den Posten des Ministerpräsidenten. - Die Sozialdemokraten präsentieren wieder Braun und Severing.

Die Lage in Preußen

Nachdem das Kabinett Braun am Freitag auf Grund des Abstimmungsresultates im preußischen Landtag die Gesamtdemission beschlossen hatte, begannen bereits am Sonnabend vormittag unverbundene Besprechungen innerhalb der einzelnen Fraktionen. Wie in den Wandlungen des preußischen Parlaments erzählt wurde, soll auch bereits zwischen den Fraktionsvorständen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums eine unverbundene Fühlungnahme erfolgt sein. Die letzten Verhandlungen haben aber noch nicht stattgefunden und sind auch noch nicht vorgesehen. Es heißt, das von den Rechtsparteien versucht wird, das Zentrum für eine ähnliche Lösung zu gewinnen, wie sie im Reich erfolgt ist. Ob diese Versuche einen Erfolg versprechen, ist zurzeit noch nicht zu beurteilen. In demokratischen Kreisen ist man der Auffassung, daß es den bisherigen Oppositionsparteien nicht gelingen werde, eine Koalition analog der im Reich zustande zu bringen. Ein überparteiliches Kabinett wie im Reich hält man in diesen Kreisen für fast ausgeschlossen, weil die einzelnen Parteien in öffentlicher Abstimmung Stellung nehmen müßten. Im preußischen Zentrum sind starke Strömungen vorhanden, die sich gegen ein Zusammengehen mit den Deutschen Nationalen unter Ausschaltung der Demokraten wenden.

Wie man erklärt, soll die Absicht bestehen, dem Zentrum in Preußen den Posten des Ministerpräsidenten anzubieten. Für diesen Posten werden auch bereits Namen genannt, in erster Linie der des Vizepräsidenten Dr. Vorkamp. Vorläufig ist festzustellen, daß das Zentrum seit dem Ausgang der letzten Landtagsitzung sehr verschnupft ist und heftige Anfeindungen gegen die Rechtsparteien, insbesondere gegen die Deutsche Volkspartei, erhebt, die sogar soweit gehen, daß die „Germania“ dafür Stimmung macht. Gewehr bei Fuß zu stehen. Im Reichstag hat am Sonnabend vormittag der Reichsparteivorstand des Zentrums mit den Vorsitzenden der Landes- und Provinzorganisationen getagt. Die Verhandlungen waren natürlich streng vertraulich. Doch mißt man ihnen im Zusammenhang mit der Preußenfrage große Bedeutung zu.

Der Auktentat des preußischen Landtags hat, wie schon am Sonnabend in einem Teile unserer Auflage mitgeteilt werden konnte, am Sonnabend vormittag beschlossen, daß der Landtag am Freitag den 30. Januar zu einer Plenarsitzung zusammenzutreten soll. Als einziger Punkt der Tagesordnung ist die Wahl des Ministerpräsidenten vorgesehen. Ob es in dieser Sitzung aber bereits zur Wahl kommen wird, ist noch zweifelhaft, da die Rechtsparteien bestrebt sind, die Wahl noch etwas hinauszuschieben.

Das Zentrum verbreitet über den Stand der Angelegenheiten folgende Meldung: In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die preußische Zentrumskommision die bisherigen Anträge nach links beibehalten wird, aber besonderen Wert auf die Befehung des Ministerpräsidentenpostens durch einen Zentrumsmann legt. Es wird in Zentrumskreisen angenommen, daß die Weimarer Koalition unter einem Zentrumsministerpräsidenten Aussicht auf Bestand und Regierungsfähigkeit habe. Ueber die Be-

Ein abgelehnter Kompromißvorschlag?

Die „Zeit“ dementiert die Behauptung Dells

Das „D. L.“ hatte aus Washington gemeldet, der Berliner Vertreter ausländischer Zeitungen Robert Dell hätte Mitteilungen über die Vorgeschichte der Räumung der Kölner Zone gemacht, wonach die englische Regierung die Absicht gehabt hätte, Frankreich vorzuschlagen, am 10. Mai gleichzeitig die Kölner Zone und das gesamte Ruhrgebiet zu räumen. Außenminister Dr. Stresemann habe aber dieses Kompromiß abgelehnt und überhaupt vor den Reichswahl-Verhandlungen über gegenseitige Sachverständnisse nicht führen wollen. Die „Zeit“ - welche bekanntlich Stresemann nahesteht - bemerkt dazu, in den Behauptungen des Herrn Dell sei tatsächlich nur das eine richtig, daß eine private Konversation über einen derartigen Kompromißvorschlag stattgefunden habe und daß Dr. Stresemann den Vorschlag nicht abgelehnt, sondern seinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er seinen ganzen Einfluß einsetzen würde, um den Vorschlag, falls er offiziell der deutschen Regierung gemacht werde, zur Annahme zu bringen.

Die Angelegenheit dürfte wohl trotz dieser offiziellen Erklärung Stresemanns noch weiter zur Debatte stehen, da Dell - gestützt auf

seine Gewährsmänner - zu den Mitteilungen der „Zeit“ nicht schweigen dürfte.

Die Stellung der Sozialdemokratie

(Eiener Informationsdienst.)
Wie wir hören, wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Preußen einstimmig beschließen, den bisherigen Ministerpräsidenten Braun wieder für die Neuwahl in Vorschlag zu bringen. Weiterhin hat der sozialdemokratische Parteivorstand, der zu der Lage in Preußen Stellung genommen hat, beschlossen, daß der Minister Severing der neuen preußischen Regierung angehören müsse, wenn die sozialdemokratische Partei mitwirken solle. Eine Neuernennung Severings würde beim Zentrum große Bedenken hervorrufen, sobald seine Person sehr umstritten sein würde, wenn überhaupt daran zu denken ist, die bisherige Koalition wieder herzustellen.

Die Vorbereitungen zur Wahl des Reichspräsidenten

(Eiener Informationsdienst.)
In den politischen Kreisen beginnt man sich immer eingehender mit der Frage i. e. Neuwahl des Reichspräsidenten zu beschäftigen. Wie wir erfahren, soll ein endgültiger Beschluß der Reichsregierung über die Ansetzung des Wahltermins Ende März gefaßt werden, damit die Aufstellung der Kandidaten noch rechtzeitig erfolgen kann. Die Aufstellung der Kandidaten selbst wird durch die Parteivorstände erfolgen, die sich schon jetzt nach den in Frage kommenden Persönlichkeiten umsehen. Dabei werden sich die Deutschen Nationalen und die Deutsche Volkspartei auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, während das Zentrum vorläufig noch keiner Seite Zusage nehmen wird, und auf der anderen Seite die beiden Sozialparteien ebenfalls geneigt sind, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen.

Die Interimsnote der Alliierten

Der Londoner diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die Interimsnote, der Alliierten werde heute in Berlin überreicht. Sie enthalte wenig mehr als eine formelle Bestätigung der deutschen Antwort auf die letzte alliierte Note. Sie betone, wie angenommen wird, von neuem die Tatsache, daß vor Eingang des endgültigen Berichts der Kontrollkommission keine endgültige Entscheidung von den Alliierten getroffen werden könne. Berichtsweise verlautet, daß die Note anherdem eine kurze Zurückweisung der vor kurzem dargelegten Argumente enthalte. Tatsächlich scheint die britische Regierung die französische These angenommen zu haben, daß die Befehung der ersten Zone automatisch fortzuführen sei, bis Deutschland den Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt habe, wobei es eher Deutschlands Sache sein soll, den Beweis dafür zu liefern, als Sache der Alliierten. Die aufeinander folgende Räumung der 1. und 2. Zone würde so nur zu einem Gnadenakt als zu einer Verpflichtung.

Wichtige Parteiführerbesprechungen beim Reichskanzler

(Eiener Informationsdienst.)
Reichskanzler Dr. Luther wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen die Führer der hinter der Regierung stehenden Parteien empfangen, um mit ihnen den Fragenkomplex der künftigen Steuer- und Finanzprobleme zu erörtern. Bei dieser Gelegenheit wird der Kanzler den Parteiführern bedeutsame Mitteilungen über seine Absichten zur finanziellen Durchführung der Londoner Vereinbarungen machen und sich besonders über die Frage der Lastenverteilung äußern. Die Deutsche Volkspartei, die Deutschen Nationalen und das Zentrum kündigen an, daß sie hinsichtlich der Regelung der Finanzen eine Reihe von Vorschlägen und Anträgen im Reichstag einbringen werden. Vor dem 5. Februar wird übrigens der Auswärtige Ausschuh nochmals einberufen werden, um einen Bericht Dr. Stresemanns über die außenpolitische Situation entgegenzunehmen.

Erste große Volkszählung nach dem Kriege

Wie wir von zuständiger Stelle hören, wird im Juni 1925 zum ersten Male wieder eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Unter den Betrieben sind sowohl gewerbliche als auch landwirtschaftliche zu verstehen. Die Zählung wird nach Einholung der erforderlichen Zustimmungen das besetzte Gebiet mit umfassen; das Saar-Gebiet muß naturgemäß ausgeschlossen bleiben. Es ist zu begrüßen, daß dieses, für die Beantwortung einer großen Reihe von wirtschaftlichen und industriellen sehr wichtigen Fragen, unentbehrliche Hilfsmittel, auf das wir bezüglich der Berufs- und Betriebszählung seit 1907, bezüglich der Volkszählung seit 1910 verzichten mußten, der Wirtschaft wieder zur Verfügung gestellt wird.

Untragbare Steuervorauszahlungen

Die Einnahmen des Reichs übersteigen beträchtlich den Voranschlag. Es ist, als ob das Steuerjahr 1924 nicht zwölf Monate gehabt hätte, sondern vierzehn oder fünfzehn. Dieser scheinbare Ueberfluß an öffentlichen Geldern ist teilweise durch eine harte Bedrückung der Wirtschaft erkauft worden. Es sind der Wirtschaft in dem schwersten Jahr des Wiederaufbaus nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung stützige Mittel in einem bedrohlichen Umfang entzogen worden. Bedenklich bleibt vor allem auch, daß die Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im Jahre 1925 weiter schematisch nach dem Umlauf berechnet werden, trotzdem zweifellos eine Reihe von Betrieben nach dieser Methode bereits im verflissenen Jahre beratige Zahlungen haben leisten müssen, daß sie bei einer Abrechnung und Veranlagung unbedingt ein größeres Guthaben bei der Finanzkasse aufwiesen würden. Es kann diesen Betrieben nicht zugemutet werden, daß sie trotz dieses Guthabens, lediglich aus dem Grunde, weil die Finanzbehörden mit der Veranlagung nicht nachkommen können, weitere Zahlungen leisten.

In solchen Fällen werden die Betriebe daher versuchen müssen, von weiteren Vorauszahlungen freizukommen. In vielen Fällen wird eine Stundung weiterer Vorauszahlungen bis zur endgültigen Veranlagung zu beantragen sein. Die Aufstellung der Jahresabschlüsse gibt im allgemeinen Gelegenheit zu einer besonders reichhaltigen Begründung solcher Gesuche.

Es muß daran festgehalten werden, daß die Erhebung von Einkommensteuer und Körperschaftsteuer stets einen entsprechenden Geschäftsgewinn voraussetzt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Vorauszahlungen vorläufig nach dem Umlauf berechnet sind. Wenn daher die bis jetzt geleisteten Vorauszahlungen offensichtlich unverhältnismäßig viel höher sind, als einer Veranlagung entsprechen kann, so wird eine Stundung allein nicht helfen können. Es wird eine Rückerstattung eines Teils der bereits geleisteten Vorauszahlungen zu verlangen sein, oder die Anrechnung auf andere Steuerleistungen, wie z. B. Abrechnung auf Umsatzsteuer. Die Erstattung wird vorläufig, ehe die Veranlagung erfolgen kann, aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 108 der Reichsabgabenordnung zu verlangen sein.

Eine gewisse Schwierigkeit besteht darin, daß der endgültige Tarif für die Einkommenbesteuerung noch fehlt. Der letzte Tarif bezieht sich auf Papiermark und ist unermessbar. Es läßt sich daher zurzeit nicht genau bestimmen, ob im Einzelfalle bereits zuviel Vorauszahlungen geleistet sind und wie hoch der Betrag der zuviel gezahlten Steuer ist. Nur, wo ein offenkundiges Mißverhältnis zwischen Vorauszahlung und tatsächlichem Gewinn vorliegt, wird sich der einzelne Betrieb zur Wehr setzen können. Die hier bestehende Ungewißheit kann nur dadurch beseitigt werden, daß der neue Reichstag sich unverzüglich den Steuerfragen zuwendet. Man wird vorläufig davon ausgehen müssen, daß der niedrigste Tarif bisher 10 a. H. betrug und daß dieser Tarif mindestens für ein Einkommen gelten muß, das eine Nachveranlagung der Mehrzahl der Lohnsteuerpflichtigen ausschließt. Man wird also annehmen dürfen, daß ungefähr bis zu einem Einkommen von 3000 Rentenmark jährlich der niedrigste Tarif von 10 a. H. anzuwenden ist. Bei einem Gewinn von 10 000 Rentenmark wird die Gesamtbelastung an Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer kaum mehr als 20% betragen können. Die Höchstbelastung auch der größten Einkommen wird über den Satz von 50 a. H. nicht hinausgehen, wahrscheinlich aber darunter bleiben.

Das Reich wird voraussichtlich im Jahre 1925 von den monatlichen Vorauszahlungen ganz absehen und sich mit Vierteljahreszahlungen begnügen. Diese Regelung kommt aber für die ersten Monate noch nicht zur Durchführung, sobald sie keinen Erfolg bietet für die in unseren Ausführungen geschilderten Anträge.